

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Stadtweites sicht- und hörbares Gedenken zum 10. Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags am Olympia-Einkaufszentrum (OEZ)

Antragsteller*innen: Ilayda Akbaba, Carmen Romano, Sally Zieglgänsberger

Eingebracht in dem Ausschuss 4 über den Erweiterten Vorstand

Antrag Nr. 152-23-26

Vollversammlung vom 13.04.2026

I. Antrag

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München fordert die Stadtverwaltung auf, **dem 10. Jahrestag des rechtsterroristischen Anschlags am OEZ (22.07.2026) besondere Aufmerksamkeit zu geben** und gemeinsam mit den Angehörigen/Betroffenen sowie der Initiative „München OEZ erinnern“ ein **stadtweites, sicht- und hörbares Zeichen des Gedenkens** umzusetzen.

Dazu fordert der Migrationsbeirat folgende Maßnahmen:

1. **Stadtweite Schweigeminute** am 22.07.2026 **um 17:51 Uhr (Tatzeitpunkt)** - als klar kommunizierter, offizieller Moment des Gedenkens in der gesamten Stadt (inkl. städtischer Einrichtungen, Schulen und Dienststellen).
2. **Schweigeminute im ÖPNV (Bus und Tram)** am Tatzeitpunkt:
Die Stadt wird aufgefordert, dies mit der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) sowie den zuständigen Stellen so zu organisieren, dass die Schweigeminute im laufenden Betrieb praktikabel und eindeutig umgesetzt werden kann. Auch Stadtrat Thomas Lechner hat bereits beantragt, dass der Oberbürgermeister mit der MVG eine Gedenkminute mit Stillstand des ÖPNV zum Tatzeitpunkt am 22. Juli umsetzt, was die besondere Wichtigkeit dieser Forderung unterstreicht.¹
3. **Akustisches Zeichen / Durchsage zum Gedenken:**
Eine kurze Gedenkdurchsage (eingesprochen von „Clara“ - wie von der Initiative vorgeschlagen) soll
 - a) in städtischen Schulen sowie
 - b) über die Zentralverteiler der MVG ausgespielt werden, damit sie auch an Haltestellen hörbar ist.

¹ <https://ru.muenchen.de/pdf/2026/ru-2026-02-19.pdf#page=51>

c) Die Stadt wird aufgefordert, Zeitpunkt und Frequenz der Durchsagen so festzulegen, dass sie bereits in der Woche vor dem Jahrestag sowie am Jahrestag selbst erfolgen und dabei so häufig wie organisatorisch möglich ausgespielt werden, um eine hohe stadtweite Wahrnehmbarkeit zu erreichen.

4. Beflaggung / Sichtbares Zeichen im ÖPNV:

In der Woche des Jahrestages sollen Busse/Trambahnen bzw. zentrale ÖPNV-Knotenpunkte entsprechend beflaggt bzw. sichtbar gekennzeichnet werden - analog zu etablierten stadtweiten Aktionen (wie z. B. beim CSD).

5. Thematisierung in städtischen Schulen:

In der Woche um den Jahrestag soll der Anschlag in städtischen Schulen altersgerecht thematisiert werden (z. B. im Rahmen von Projekttagen, Unterrichtsmodulen, schulweiten Gedenkmomenten). Ziel ist eine verbindliche, pädagogisch begleitete Auseinandersetzung mit rechter Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung.

6. Straßen/Plätze umbenennen bzw. neu benennen – mit Bezug zu den Opfern:

Die Stadt wird aufgefordert, in Abstimmung mit Angehörigen/Betroffenen und zuständigen Stellen ein Benennungsvorhaben voranzutreiben, z. B.

- Benennung nach den Opfern oder
- ein gemeinsamer Nenner wie „Platz der Neun Engel“.
Der Migrationsbeirat empfiehlt, dies möglichst im Stadtzentrum bzw. in einem räumlichen Kontext mit Bezug zum Leben der Opfer zu prüfen.

7. Schulen nach Opfern benennen:

Die Stadt wird aufgefordert, die Benennung städtischer Schulen nach Opfern des OEZ-Anschlags zu prüfen und - wo möglich und in Abstimmung mit Schulfamilien sowie Angehörigen - umzusetzen.

8. Jugendpreis im Gedenken an die Opfer (Anti-Rassismus / Prävention rechter Gewalt):

Es soll ein städtischer Jugendpreis eingerichtet werden, der Projekte gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie für demokratische Kultur stärkt - insbesondere in Schulen, Jugendzentren und Jugendgruppen - und dabei sollen unter anderem an die Opfer des OEZ-Anschlags, sowie an die vielen anderen rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Angriffe und Attentate in München erinnert werden.

9. Öffentliche Zeichen an staatlichen Gebäuden in München:

Die Stadt soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, dass staatliche Gebäude (Freistaat/Bund) in München zum Jahrestag sichtbare öffentliche Zeichen setzen (z. B. Beflaggung, Aushänge/Beleuchtung/Signalaktionen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten).

10. Bildschirmschoner / interne Sichtbarkeit in der Stadtverwaltung:

In der Woche des Jahrestages soll ein einheitlicher Bildschirmschoner (bzw. ein vergleichbares digitales Informations-/Gedenkformat) für städtische Mitarbeiter*innen eingesetzt werden, um auch innerhalb der Verwaltung ein klares Zeichen zu setzen und Informationen zugänglich zu machen.

11. Umsetzung und Abstimmung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die genannten Maßnahmen frühzeitig zu planen und mit Angehörigen/Betroffenen, der Initiative sowie den zuständigen Referaten/Partnern verbindlich abzustimmen.

II. Begründung

Der rechtsterroristische Anschlag am OEG hat München tief getroffen. Für die Angehörigen, Überlebenden und Betroffenen ist Erinnerung nicht nur Rückblick, sondern eine dauerhafte Realität - verbunden mit Schmerz, mit offenen Fragen und mit dem Anspruch, dass die Stadt sichtbar Verantwortung übernimmt.

Erinnern ist eine Aufgabe der Landeshauptstadt München. Dieses Gedenken ist nicht optional und darf nicht an zivilgesellschaftliches Engagement „ausgelagert“ werden. Es ist eine politische und gesellschaftliche Pflicht, die Opfer zu würdigen, die Betroffenen zu stärken und rechter, rassistischer Gewalt entschieden entgegenzutreten. Die Stadt muss dabei die Perspektiven der Angehörigen ernst nehmen und ihre Anliegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv umsetzen.

Der 10. Jahrestag ist ein besonderer Einschnitt. Gerade dann muss München ein stadtweites, sicht- und hörbares Zeichen setzen: nicht nur an einem Ort und nicht nur für einen kleinen Kreis, sondern in der ganzen Stadt - in Schulen, im öffentlichen Raum, in der Verwaltung und im Alltag der Menschen.

München versteht sich als weltoffene und vielfältige Stadt. Daraus folgt die Verpflichtung, Betroffene von Rassismus, Diskriminierung und rechter Gewalt nicht nur zu unterstützen, sondern auch öffentlich Haltung zu zeigen.

Auch der Historiker Wolfgang Benz weist darauf hin, dass Erinnerungskultur ihre demokratische Funktion nur dann erfüllt, wenn sie Faktenwissen und Empathie für die Opfer stärkt und sich in öffentlichen Zeichen sowie Lernorten konkret niederschlägt.² Daher ist es besonders wichtig durch konsequentes, sichtbares Gedenken die Betroffenenperspektiven in der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen.

Der Antrag verbindet bewusst kurzfristige, stadtweite Zeichen zum 10. Jahrestag mit längerfristigen Maßnahmen, die Erinnerung und Konsequenzen nachhaltig in der Stadt

² [Benz, Wolfgang \(2024\): Deutsche Erinnerungskultur: Rituale, Tendenzen, Defizite. Deutschland Archiv \(Bundeszentrale für politische Bildung/bpb\). Erstveröffentlichung 01.11.2024, Version/Stand 26.01.2025, abgerufen am 24.03.2026.](#)

zu verankern - etwa durch einen Jugendpreis im Gedenken an die Opfer sowie weitere dauerhafte Formen der Sichtbarkeit.

Die Forderungen der Initiative „München OEZ erinnern“ sind dafür geeignet, weil sie niedrigschwellig, praktisch umsetzbar und gleichzeitig öffentlich wirksam sind: Eine Schweigeminute, Durchsagen, Sichtbarkeit im ÖPNV, verbindliche Thematisierung in Schulen sowie langfristige Zeichen wie Benennungen und ein Jugendpreis machen deutlich, dass München aus rechter Gewalt Konsequenzen zieht. Der Migrationsbeirat fordert die Stadt daher nachdrücklich auf, diese Maßnahmen zum 10. Jahrestag entschlossen umzusetzen - in enger Abstimmung mit Angehörigen, Überlebenden und Betroffenen.

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig beschlossen.

gez.

Dimitrina Lang

Vorsitzende

gez.

Lara Galli

1. Stellvertretende Vorsitzende

gez.

Arif Abdullah Haidary

2. Stellvertretender Vorsitzender